

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

Nr. 2. Ausschreitungen bei den Vorbereitungen zur Landtagswahl 1929

urn:nbn:de:bsz:31-28868

Karlsruhe, den 2. November 1929.

An den Badischen Landtag

Ausfäureitungen bei den Vorbereitungen
zur Landtagswahl 1929

Während des Wahlkampfes mußten von hier aus die Polizeibehörden angewiesen werden, gegen politische Ausfäureitungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (N.S.D.A.P.) einzuschreiten. Es wurde nötig, zwei Redeverbote zu erlassen, eine Versammlung aufzuheben und eine Ordnungsstrafe auszusprechen. Dieses Vorgehen beruht auf § 30 P.St.G.B., § 360 Ziffer 11 R.St.G.B.

Im Hinblick darauf, daß diese Vorgänge politische Erörterungen im Gefolge hatten, ist es notwendig, dem Badischen Landtag eine allgemeine Übersicht über das Verhalten der N.S.D.A.P. zur Verfügung zu stellen. Das Gesamtministerium hat hierzu seine Zustimmung gegeben. Die nachfolgenden Darlegungen beruhen sämtlich auf polizeilichen Ermittlungen in Berichten.

Dr. R e m m e l e

I. Polizeilich ausgesprochene Verbote bzw. Bestrafungen

Am 30. September 1929 wurde dem nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Hauptmann a. D. Wilhelm Loeper-Dessau das Auftreten als Redner in öffentlichen Versammlungen verboten. Anlaß hierzu gaben seine Reden am 26. September 1929 in Mannheim und am 27. September 1929 in Karlsruhe.

In seiner Mannheimer Rede führte er aus:

„Der eine Teil des Volkes verlangt die Monarchie, der andere Teil die Republik. Auf der einen Seite steht das schwarz-weiß-rot angestrichene Bürgertum, auf der andern Seite die schwarz-rot-goldene M o s t r i c h - R e p u b l i k.“

Loeper sprach weiter über die Revolution und erwähnte dabei, daß der damalige General Gröner, der heutige Kriegsminister der Republik, dem deutschen Kaiser am 5. November 1918 noch die Treue versprochen hätte. Wenige Tage später habe er seinem obersten Kriegsherrn gegenüber erklärt, der Fahne eide sei eine Idee. Wenn er (Loeper) der Kaiser gewesen wäre, dann hätte er diesen „Kerl“ verhaften und 24 Stunden später als Hochverräter erschießen lassen.

Auch die Karlsruher Rede enthält schwere Beschimpfungen von Regierungsmitgliedern:

„Ob der Young-Plan angenommen oder abgelehnt wird, dieser „Bursch“ (gemeint war Stresemann, der damals noch lebte) muß zur Verantwortung gezogen werden. Wenn wir einmal die Macht haben, und das wird kommen, so werden wir mit dem eisernen Gustav durch ganz Deutschland ziehen und werden dem Volke sagen „Das ist auch einer der Minister, die ins Zuchthaus gehören.“ Denn die Minister von heute sind nichts als infame Zuhälter eines internationalen Finanzkapitals. Diese Banditen gehören zum Teufel gejagt.“

Hilferding nannte er nur den galizischen Juden.

Von Reichsanzler Müller sagte er:

„Dieser Mensch hat sich nun von seiner Krankheit erholt.“

Das weitere Redeverbot wurde am 9. Oktober 1929 gegen den Nationalsozialisten Ludwig Münchmeyer erlassen. Dieser hatte auf seiner Agitationsreise durch Baden nach den polizeilichen Feststellungen neben sonstigen hekerischen Ausführungen Mitteilungen über den Inhalt und die Auswirkungen des Young-Plans gemacht, die durchaus unwahr sind und eine starke Erregung in die Bevölkerung hineingetragen haben. So hat er u. a. der Wahrheit zuwider ausgeführt, daß nach dem Young-Plan deutsche Söhne und Töchter in das europäische und außereuropäische Ausland durch die Reparationsbank exportiert werden könnten.

Die verheerende Agitationsweise, von der die Reden der beiden Genannten strotzten, bedeutete bei der bestehenden Gegensätzlichkeit und Erregung im Wahlkampf eine starke Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Ein polizeiliches Einschreiten gemäß § 30 Polizeistrafgesetzbuch war deshalb dringend geboten.

Die am 16. Oktober 1929 im „Feierling“ in Freiburg stattgefundene Wahlversammlung der N.S.D.A.F., in der der Reichstagsabgeordnete Dreher sprach, mußte aufgelöst werden. Schon die gedruckten Handzettel, durch welche zur Versammlung eingeladen wurde, waren in besonders aufreizendem und gehässigen Ton gehalten:

Am Mittwoch den 16. Oktober 1929, abends 1/2 9 Uhr, spricht im „Feierling“, Gerberau,

der Nationalsozialist A. Dreher-Ulm, Reichstagsabgeordneter, über das Thema:

„Durch Demokratie ein Leben in Schönheit und Würde.“

Herr Dreher, ein glänzender Redner, wird insbesondere mit dem parlamentarischen Geschmeiß Abrechnung halten, das diese Republik dazu benützt, in seine eigene Tasche zu arbeiten, und das in diesem Staate nichts anderes sieht als eine bekömmliche Futterkrippe. Er wird weiterhin sagen, was die nationalsozialistische Bewegung will und wie diese mit dem Ungeziefer aufzuräumen gedenkt. Die Wahrheit marschiert! Wer sie erfahren will — ungehinkt, der kommt!

Auf Antrag der Polizeidirektion Freiburg wurde gemäß §§ 6 und 23 des Preßgesetzes durch das Amtsgericht in Freiburg die Beschlagnahme sämtlicher Exemplare

ausgesprochen. Die Rede selbst entsprach in allem der aufreizenden Einladung:

„Nach der Revolution haben sich sogenannte Staatsmänner, jetzt Bonzen genannt, als Lenker des Staates an die Spitze gestellt.“

Die Republik verglich er in ausladender Breite mit einer Hure. Vom Reichstag behauptet er, er sei das Verpfändungstribunal für das deutsche Volk. Weiter führte er aus:

„Die Margisten haben nach der Revolution mit affenartiger Geschwindigkeit die Ministeressel erklommen. . . . Wenn heute die Polizei pazifistisch eingestellt wäre, so könnte ich mit 3 S.A.-Männern nach Karlsruhe gehen und Herr Kemmele wäre spurlos im Keller verschwunden. Der Herr Scheidemann ist zur Spartakuszeit in Berlin auch über Mauern und Risten gelleitert, damit man ihn nicht erwischen sollte.“

Als der Redner schließlich bei der Kritik des Parlaments sagte, das ganze Parlament leiste keine sachliche Arbeit und sei nichts als nur ein staatlich genehmigter Unfug, erreichte die Erregung einen derartigen Höhepunkt, daß der unmittelbare Ausbruch von Tätlichkeiten zu erwarten war. Die überwachenden Polizeibeamten schritten deshalb zur Auflösung der Versammlung.

Als letzter Fall polizeilichen Einschreitens ist die Bestrafung des Reichstagsabgeordneten Gottfried Feder aus Murnau wegen groben Unfugs anzuführen. Dieser hatte in einer öffentlichen Versammlung am 13. Oktober 1929 in Freiburg die Behauptung vorgetragen, nach dem Young-Plan könne die Reparationsbank bei Zahlungsverzug des Reiches Menschenexporte verlangen und jährliche Musterungen veranstalten, bei denen Jünglinge und Mädchen ärztlich untersucht und bei Tauglichkeit ausgemustert werden.

In dieser Versammlung behauptete er außerdem:

„Wenn nicht das Lumpengefindel von Vaterlandsverrättern die Front von hinten erdolcht hätte, so wäre sie nicht zusammengebrochen. Furchtbare Rache wird genommen werden. 1½ Millionen sind nicht gefallen, um die roten Bonzen Minister werden zu lassen. . . . Eine Frage ist die deutsche Republik, eine Frage, die so schnell wie möglich beseitigt gehört.“

II. Weitere Vorkommnisse in Baden

Die vorstehenden Vorgänge sind leider nicht für sich allein zu würdigen. Sie bilden, wie wir hier zeigen wollen, nur ein Glied von einer Reihe ähnlicher Verstöße gegen die allgemeine Sittlichkeit und den gesellschaftlichen Anstand.

Das M.d.R. Dreher führte am 15. Oktober 1929 in Heidelberg-Handschuhsheim aus:

„Der zweifellos mächtige und schwerreiche Hugenberg ist in seiner äußeren Aufmachung und in seiner sonstigen Lebenshaltung viel einfacher als z. B. der Arbeiterführer Breitscheid mit seinem 10 cm hohen Proletarierstehtragen.“

Dr. Göbbels am 9. Oktober 1929 in Karlsruhe:

„Wenn sich die heutigen Staatsmänner noch halten können, so ist dies nur darauf zurückzuführen, daß sie sich an die Spitze eines Staates stellen konnten, in dem Ordnung gewesen war; früher hätte ein Scheidemann niemals so weit kommen können, daß er ein Schloß mit seinen Möbeln hätte stehlen können.“

Reichstagsabgeordneter Willikens am 8. Oktober 1929 in Ihringen bezeichnet Severing als „Kerl“ und „Grüner Metallarbeiter“. Von Stresemann spricht er als von dem „leider allzufrüh dem Staatsgerichtshof Entzogenen“.

Gottfried Feder, M.d.R., aus Murnau weist am 16. Oktober 1929 in Lahr darauf hin, daß Minister Orzesjinski heute, wo er von seiner Frau geschieden sei, mit seiner Bardame ausgehen dürfe. Von Scheidemann sagt der Redner, daß er die Möbel von Schloß Wilhelmshöhe — Fürstenmöbel — mit Beschlagnahme belegt hätte; er habe sie zwar bezahlt z. B. der Inflation, nach der heutigen Währung mit 8,71 R.M.

Der selbe am 17. Oktober 1929 in Konstanz:

„Jeder Deutsche muß sich zum Volksbegehren eintragen. Der badische Staatspräsident Schmitt und der Revolutionär Kemmele reißen mit ihren Reden das Maul weit auf und versuchen, der Bevölkerung den Young-Plan genießbar zu machen.“

Der selbe am 20. Oktober 1929 in Wertheim:

„Glauben Sie, Herrmann, der Müller, wäre heute Reichskanzler, wenn es noch so wäre wie früher? Er hat ja die Vorbildung nicht. Ich gebe

zu, daß der Beruf eines Handlungsreisenden auch ein ehrlicher Beruf ist, und wenn es nur mit Klofett-schüsseln ist."

Der Reichspropagandaleiter der N.S.D.A.P. **Himmeler** aus München am 15. Oktober 1929 in Bruchsal:

"Wir haben einen Staat, der Geld, Länder und Menschen verlüdert, denn es herrscht in dieser Beziehung eine Verantwortungslosigkeit ohnegleichen. Als Minister des Innern greife ich Herrn **Kemmel** nicht an, sondern als Parteiagitator. Als Dr. h. c. greife ich ihn auch nicht an, sonst könnte man mich belangen, aber als Parteiagitator kann ich sagen, daß **Kemmel** nur Lügen und Verleumdungen verbreitet. Dieser Dr. humoris, Verzeihung honoris, ist derart veranlagt, daß man diese Sache wirklich humoristisch auffassen muß. Um seine Verordnungen scharf zu machen wir uns einen Dreck."

Der bayerische Landtagsabgeordnete **Julius Streicher** am 23. Oktober 1929 in Rastatt:

"Der jetzige Reichskanzler **Müller**, frühere Klofettreisende, ist geeignet, die Stelle eines Bismarck einzunehmen! Ich will aber dem Reichskanzler wegen seines früheren Berufes nicht zu nahe treten, jeder Minister hat ja früher einen Beruf gehabt. . . . Wir Nationalsozialisten trauern um **Strefemann** nicht. Als **Strefemann** tot war, stand im Nürnberger Tageblatt, daß **Strefemann** sterben mußte, weil das Herz verfettet und die Leber eingekrumpft war, aber nicht, weil er als Minister viel arbeiten mußte."

Der Reichstagsabgeordnete **Franz Stöhr**, Berlin-Steglitz, am 9. Oktober 1929 in Konstanz und ähnlich am 17. Oktober 1929 in Rastatt:

"Minister **Kemmel** ist Dr. honoris causa, es würde aber besser heißen: Dr. humoris causa."

General Freiherr v. **Epp** am 17. Oktober 1929 in Karlsruhe:

"Der Young-Plan wurde in Deutschland geboren. Er dient der Aufrechterhaltung des jetzigen Systems, und warum? Weil es diesen Männern als das Wichtigste erscheint, darin erblicken sie das Staatswohl, auf den Ministerjesseln zu bleiben. Für die Männer von heute bedeutet der Staat, daß sie an der Futterkrippe stehen können; das ist aber nicht

der Staat, sondern Staat ist die Gemeinschaft des Volkes. Unsere heutige Regierung bildet nur die Bögte der ausländischen feindlichen Regierungen. Es sind gut bezahlte Bögte. Einen Bogt soll man ja immer gut bezahlen, denn es ist ja ein unanständiges Amt."

Der Gauleiter **Wagner** am 10. Oktober 1929 in Mannheim:

"Minister **Kemmel**, dieser Burche, hat in einer Versammlung in Pforzheim die Frechheit besessen, zu sagen, die Nationalsozialisten würden von Frankreich Geld erhalten." (Ist von Minister **Kemmel** nicht gesagt worden.)

Der bekannte Nationalsozialist **Friedhelm Kemper** von Mannheim am 11. Oktober 1929 in Schriesheim:

Unter den sogenannten Volksbeglückern würde sich ein Bönzchen befinden, das besonders gegen die N.S.D.A.P. einen Verleumdungsfeldzug in die Wege geleitet hätte. Dieses Bönzchen würde aber damit wenig Glück haben. . . .

Der frühere Polizeioberleutnant **Pflaumer** aus Heidelberg in derselben Versammlung:

— — Minister **Kemmel** sei mit dem Juden **Meerapfel** in Untergrombach sehr befreundet. Dort würde der Kampf gegen den Kapitalismus hinter Sekt- und anderen Flaschen geführt werden. Durch diese Freundschaft sei auch Untergrombach um 24 000 R.M. ärmer geworden. **Meerapfel** hätte früher 24 000 R.M. Gemeindesteuern bezahlt; heute brauche dieser arme Mann nichts mehr zu bezahlen. Der jetzige Reichskanzler **Müller** würde sehr oft zu ihm kommen.

Der Kaufmann **Philipp Meerapfel**, um den es sich hier handelt, ist seit etwa 2 Jahren tot.

Richard Bujard aus Pforzheim am 13. Oktober 1929 in Neureut:

"Daß Minister **Kemmel** auf die N.S.D.A.P. verärgert ist, kann ich ihm nachfühlen.

Ein Beispiel: Auf einem Baum sitzt ein Mensch, dem die Apfel in den Mund wachsen; unter dem Baum steht ein Kerl, der den dünnen Ast, auf dem der Mensch sitzt, abfagen will. Die But des Herrn **Kemmel** ist ja auch leicht begreiflich, denn der Weg vom Müllerburschen zum Minister ist ja auch

leichter und angenehmer, als der Weg zurück vom Minister zum Sachträger Hilferding ist ein negroider galizischer Jude."

Dipl.-Ing. Mauritius aus Karlsruhe in Furtwangen am 17. Oktober 1929:

„Unter meiner Führung waren Bestrebungen im Gange, die „Schaffergilde“ zu gründen, um der minderbemittelten Bevölkerung und kinderreichen Familien billigere Wohnungen zu verschaffen. Dieses Vorhaben ist vom Finanzminister unterstützt, vom Bürgermeister Schneider in Karlsruhe hintertrieben und vom Herrn Minister des Innern nicht gutgeheißen und die „Schaffergilde“ verboten worden. In bald 20 Versammlungen habe ich deshalb den Minister Kemmle des Rechts- und Verfassungsbruchs bezichtigt.“

Wegen dieser Beleidigungen wurde Strafantrag gestellt.

Fritz Plattner aus Friedrichstal bei Karlsruhe in Stebbach am 12. Oktober 1929 und ähnlich in Gemmingen am 13. Oktober 1929:

„Der Standpunkt der Nationalsozialisten ist der, daß man die Minister nicht mehr pensioniert, sondern in ihren früheren Beruf zurückführt. Dem Minister Dr. h. c. Adam Kemmle würden wir einen Schein ausstellen, in welchem stehen würde:

letzter Beruf — Innenminister,
früherer Beruf — Müller.

Außerdem würden wir ihm eine Fahrkarte und einige Mark Zehrgeld geben und würden ihn dann in die Walzmühle nach Ludwigshafen schicken. Die dortigen Direktoren würden wir ersuchen, Adam Kemmle wieder als Müllerbursch einzustellen.“

Verwaltungsinspektor Knaut aus Hengendorf am 12. Oktober 1929 in Wertingen:

„Reichsanzler Müller hat 1914 bewußt den Krieg gefördert.“

Siegfried Kasche führte in Osterburken gegenüber Minister Dr. Wirth am 25. Oktober aus:

„Ich stelle fest, Herr Wirth, Sie haben mit voller Absicht die Inflation gemacht.“

Major Fröhlich in Hornberg am 7. Oktober 1929:

„Lesen Sie doch, was Männer der eigenen Partei schreiben über den Hilferding, den dreifachen Finanzminister, über den Jud.“

In dieser Rede waren auch Ausdrücke wie Stappenfau, Regierungsschwein und der Dreifink Hilferding verwendet.

Der selbe in Lohrbach am 21. September 1929:

„In unserem heutigen Knoblauchstaat dürfen sogar die mit geistigen Gebrechen Behafteten wählen. In Karlsruhe hat man auf Betreiben der Juden Sonntags einen Viehmarkt abgehalten, damit die Juden ihre Geschäfte ungestört machen können und die Christen, weil sie Sonntag haben, dadurch benachteiligt werden. Die Mitglieder des Landtags sind Scheißkerle, der Landtag eine Quasselbude, die Minister sind Schweinigel. Köhler ist ein Finanzbibbel, Kemmle, Wirth sind Spitzbuben.“

Der bayrische Landtagsabgeordnete Wagner am 7. Oktober 1929 in Löffingen:

„In den letzten Tagen sah man alle staatlichen Gebäude Halbmaß beslaggt; für wen? Für einen Mann, der auf dem Ministerfessel gefessen hat und den nun der Teufel geholt hat.“

Der Kaufmann Meier aus Freiburg am 14. Oktober 1929 in Grafenhausen:

„Der verstorbene Reichsaußenminister, Dr. Gustav Stresemann, hat auf Kosten des deutschen Volkes ein Schwelgerleben geführt: Man darf nur die Kuraufenthalte Stresemanns betrachten. Wenn er ein solides Leben geführt hätte, würde er nicht im besten Mannesalter gestorben sein. Es ist nicht die Überanstrengung, welcher Stresemann erlag, sondern dies ist seinem Lebenswandel zuzuschreiben.“

Major Fröhlich in Lohrbach am 21. September 1929:

„Wenn heute einer mit seinem Mädchen von Ort zu Ort geht, dann heißt es landläufig, er geht mit seiner Sau fort; Stresemann aber ist mit 80 sogenannten Stenotypistinnen in den Haag gefahren.“

Der Oldenburger Abgeordnete Röver am 4. Oktober 1929 in Merdingen und ähnlich am 11. Oktober 1929 in Schwabhausen:

„Betrachten Sie den Staat, das ist doch eine niederträchtige Räuberkolonie, wo man das Volk ausplündert.“

Siegfried Kasche aus Sorau am 20. Oktober 1929 in Reicholzheim, als er von Finanzminister Schmitt sprach:

„Die Republik beruht auf dem Finanzamt und dem Polizeiknüppel.“

Der Redakteur des „Stürmer“ Holz aus Nürnberg am 17. Oktober 1929 in Weinheim:

„Man hat mich heute wegen Beleidigung mit 200 R.M. bestraft. Es ist das Urteil eines republikanischen Gerichts, eines Gerichts, das vor Monaten einen Barmer und Kutischer außer Verfolgung gesetzt hat, da kann es einen Nationalsozialisten nicht außer Verfolgung setzen. . . . Wir haben den Glauben an Deutschland nicht verloren. Wir tragen unsere Bewegung hinaus, daß alle Bonzen das Kniezittern kriegen und die Hosens voller Dreck. Sowohl, sie sollen sich rüsten, wir rechnen einmal mit ihnen ab. Sind dies Führer, jene vielen Bluthunde, die im Reichstag sitzen, und jene anderen, das parlamentarische Dreckzeug?“

Friedrich Kemper am 11. Oktober 1929 in Schriesheim:

„An der großen Eselskrippe würde eine Eselin fressen mit schwarzen Ohren. Jeder Esel wolle mit der schwarzen Eselin pouffieren. Auf der linken Seite würde ein Esel fressen mit roten Ohren, und auf der rechten Seite einer, welcher „N“ schreien würde. Dieser sei der oppositionelle Esel. Auf einmal gebe es im Stall ein großes Durcheinander, und das würde man Regierungskrise nennen. Nach der Wahl seien sich die Esel wieder einig, und das nenne man Koalition.“

Daß die N.S.D.A.P. nicht mit legalen Mitteln den Machtkampf mit den übrigen Parteien ausfechten will, zeigen die folgenden Beispiele:

Göbbels führte in Mannheim am 19. September 1929 aus:

„Um Politik zu machen, ist eine Macht notwendig, die aber die N.S.D.A.P. noch nicht hat, sondern sich erst erobern will. Es genügt aber nicht, daß man zur Machtergreifung nur Waffen hat, sondern der Wille zur Machtergreifung muß da sein, wenn der Wille da ist, dann kommen die Waffen von selber.“

Der Bauernführer Roth (Liedolsheim) am 8. Oktober 1929 in Gauangelloch:

„Wir treten ein für unser Ziel und wenn wir die uns gesteckten Ziele mit dem Tode bezahlen müssen.“

Major a. D. Fröhlich am 2. Oktober 1929 in Eberbach:

„Wir werden die Ziele mit eisernem Willen vertreten selbst unter Einsatz des Lebens.“

Das W. d. N. Willikens sprach am 8. Oktober 1929 in Ihringen von der kommenden Revolution und führte dabei aus, daß

die Nationalsozialisten keine Angst vor Blut hätten; sie erkennen aber nur eine nationale Revolution an, deren Führer sie sein werden, jede Revolution sei nur von einer Minderheit gemacht worden, so auch die Revolution der Zukunft.

Siegfried Rasche aus Sorau in Sandhausen am 10. Oktober 1929:

„Wir wollen, weil das parlamentarische System versagt hat, die Diktatur herbeiführen. Die Führer der Nationalsozialisten haben dem deutschen Volk bewiesen und geben die Gewähr, daß sie es mit dem Volk ehrlich meinen und bereit sind, wenn es sein muß, für die Ziele des Nationalsozialismus ihr Leben einzusetzen.“

Kaufmann Kurt Maier-Freiburg am 8. Oktober 1929 in Ihringen:

„Es ist ganz gleich, wenn eine Größe, die heute oben sitzt, durch Bomben beseitigt wird.“

Fritz Plattner aus Friedrichstal bei Karlsruhe am 12. Oktober 1929 in Stebbach:

„Betrachten Sie hier das Braunhemd, das im allgemeinen immer so verhöhnt wird. Wir Nationalsozialisten sagen, daß die Braunhemde einmal die Polizeimacht stellen werden, und daß die jetzt bestehende sozialdemokratische Polizei zum Teufel gejagt wird.“

Der selbe am 13. Oktober 1929 in Niehen:

„Wann wir einmal die politische Führung übernehmen können, läßt sich natürlich heute noch nicht sagen. Das kann schon in einigen Jahren sein, es kann aber auch noch länger dauern. Zur Übernahme der politischen Führung gehört Macht, und diese wollen wir uns schaffen. Wir wissen, daß dies nicht von heute auf morgen geht, sondern daß noch Jahre vergehen werden, bis es einmal soweit ist.“

Gustav Knaut aus Heggenndorf am 12. Oktober 1929 in Merdingen:

„Die Ziele der N.S.D.A.P. sind gerichtet auf einen deutschen nationalen Staat durch die deutsche Revolution.“

Der Ganleiter Wagner am 23. Oktober 1929 in Karlsruhe:

„Hauptmann Göring, der erfolgreiche Luftkämpfer mit 38 Siegen, war es auch, der 1923 beim kommunistischen Krawall in München schwerverwundet zusammenbrach. Diesem Kämpfer rufen wir heute abend zu: Wir stehen bereit und warten, bis das Kommando erfolgt.“

Der Nationalsozialist Franz Merk aus Grafenhausen

beantwortet am 20. Oktober 1929 in Adelshofen die Anfrage, ob die N.S.D.A.P. durch Evolution oder durch Revolution einmal zur Macht gelangen will, daß eine Evolution nicht in Frage kommt, daß dieses viel zu lange dauern würde und bis dahin der Bauernstand vollends ruiniert sei; deshalb könne die Machtergreifung nur auf dem Wege einer Revolution vor sich gehen. Wenn es einmal soweit sei, würde diese Revolution genau so unblutig verlaufen, wie die von 1918; dies habe ja auch der Kapp-Putsch bewiesen, wo ernsthafter Widerstand nicht geleistet worden sei.

*

Die Nationalsozialisten beabsichtigen nicht, sich an der politischen Arbeit zu beteiligen.

Der bayerische Landtagsabgeordnete Wagner am 7. Oktober 1929 in Rößlingen:

„Mir macht es Freude, wenn ich im Landtag in Bayern Madausenen herbeiführen kann. Jawohl, so ist es. Ich habe gestern zum Kandidaten Merk in Grafenhausen gesagt, wenn er dort hinaufkommt, so ist es seine Aufgabe, daß er in dem parlamentarischen Saustall denen links und rechts auf die Köpfe schlägt und denen in der Mitte auf die Köpfe spuckt. Jawohl, nur drauf auf die Bonzen!“

Der ehemalige Lehrer Lenz am 7. September 1929 in Eppingen:

„Wir sagen schon heute, daß wir im Landtag keine positive Arbeit leisten werden, sondern daß wir die Immunität und den Freifahrtschein be-

nutzen, um im Land herumzuziehen und das Volk über seine Führer aufzuklären.“

Der ehemalige Lehrer Kramer aus Karlsruhe am 10. April 1929 in Tiefenbach:

„Im badischen Parlament werden wir bestimmt den häuslichen Frieden stören, denn so wie es seither zugegangen ist, kann es unmöglich weiter gehen. Wir wollen hier einmal die Störenfriede sein.“

Der sächsische Landtagsabgeordnete von Killinger am 4. Oktober 1929 in Heidelberg:

„Die N.S.D.A.P. lehnt, wie ja bekannt, das parlamentarische System ab. Die Abgeordneten gehen nur deshalb in die deutschen Parlamente, um auch die schönen Diäten einstecken zu können und 1. Klasse auf der Bahn fahren.“

Killinger führte in einer Rede in Pforzheim am 10. Oktober 1929 aus:

„Wir wollen jedoch keinen gewaltsamen Umsturz, nur auf „rein geistigem“ Weg, ich möchte das noch einmal betonen, für Herrn Kemmel vor allen Dingen“ (Lachen).

*

Major a. D. Fröhlich am 21. September 1929 in Lohrbach:

„Schofer habe zwei Knödel gefressen, den dritten aber nicht mehr hinuntergebracht, der sei ihm im Hals stecken geblieben.“

Der Landtagsabgeordnete von Killinger führte am 8. Oktober 1929 in Baden-Lichtental aus, daß das

Zentrum mit der Religion Schindluder treibe. Der Pfaffe gehöre auf die Kanzel und nicht in das Parlament.

Reichstagsabgeordneter Dreher am 14. Oktober 1929 in Baden-Baden:

„Das Zentrum ist diejenige Partei, die mit der Religion der Kirche Schindluder treibt. Das Zentrum verspricht jedem, der seine Stimme für das Zentrum abgibt, einen besseren Platz im Jenseits.“

Der selbe am 15. Oktober 1929 in Heidelberg-Handschuhshaus:

„Da ist das Zentrum, das seinen Wählern für die Abgabe ihrer Stimmen im Diesseits einen

guten Platz im Jenseits verspricht, also die Religion benützt, um politische Geschäfte zu machen.“

Am 16. Oktober 1929 in Freiburg:

„Was das Zentrum sich leiste, dafür findet man überhaupt keine Worte mehr. Es verspricht denen, die ihm ihre Stimme zur Erreichung eines guten Plätzchens im Diesseitigen geben, einen schönen Platz im Jenseits. Die Hefkapläne ängstigen die Frauen, indem sie ihnen vormachen, sie würden, wenn sie nicht Zentrum wählten, ins Fegfeuer kommen. Ich aber sage, wenn Ihr dem Zentrum oder dieser Gesellschaft Eure Stimme hergibt, so kommt Ihr nicht in den Himmel und nicht ins Fegfeuer, sondern in die Hölle. Wir wenden uns nicht gegen die Religion, wie das Zentrum behauptet, aber wir protestieren aufs schärfste gegen den durch die Geistlichkeit begangenen Mißbrauch von Kanzel, Beichtstuhl und

Religion zur Erreichung parteipolitischer selbstsüchtiger Zwecke. Er sei auch katholisch, aber er sei kein so verkommener Katholik. Was man da in Berlin mit ansehen muß, sei kaum wiederzugeben. Man beiehe sich einmal daselbst die geistlichen Würdenträger, K a a s z. B. verkehre mit dem Atheisten Levi, der sein Landesverratsprogramm aufgestellt habe, und mit dem Kriegsdienstverweigerer D i t t m a n n. Man müsse sich ja wirklich schämen, Pui Teufel, Katholik zu sein, wenn K a a s als Geistlicher seinen eigenen Noth besämnige und als Priester mit den Landesverrättern und Kriegsdienstverweigerern Bruderschaft trinke. Sie scheuen sich eben vor nichts, wenn sie nur einen Ministerstuhl und einen einträglichen Posten erreichen können. Wo soll da meine Ehrfurcht vor dem geistlichen Noth bleiben? Diese sind ja heute die Wölfe, die in Schafskleidung einhergehen.“